Caritasverband
Geldern-Kevelaer e.V.

Ihr Wohlergehen ist unser Anliegen

Caritasverband Geldern-Kevelaer e.V. · Südwall 1-5 · 47608 Geldern

Herrn Landrat
Wolfgang Spreen

Fraktionsvorsitzende
Kreis Kleve

Vorstand

Südwall 1-5 · 47608 Geldern

Name: Hermann Hengstermann
Telefon: 02831 9395-10
Telefax: 02831 9395-60
E-Mail: hengstermann@caritas-geldern.de

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: HH/CW

Datum: 01.07.2009

offener Brief „Kettenduldungen beenden – humanitäres Bleiberecht sichern“

Sehr geehrter Herr Landrat Spreen,
sehr geehrte Frau Ulrich,
sehr geehrte Frau Sickelmann,
sehr geehrter Herr Katzy,
sehr geehrter Herr Gorißen,

mit dem Auslaufen der gesetzlichen Bleiberechtsregelung am 31.12.2009 droht zahlreichen Flüchtlingen im Kreis Kleve der Rückfall in den Status der Duldung und damit eine mehr als ungewisse Aufenthaltssituation oder letztlich sogar die Abschiebung. Betroffen sind im gesamten Kreisgebiet schätzungsweise über hundert Menschen.

Bisher hatten diese Flüchtlinge durch die Bleiberechtsregelung eine aufenthaltsrechtliche Perspektive, nicht zuletzt auch deshalb, weil der Kreis Kleve die in den Jahren 2006 und 2007 geschaffenen Möglichkeiten wohlwollend genutzt hat. Auf welcher gesetzlichen Basis die bewährte Praxis im Kreis Kleve fortgesetzt werden kann, ist jedoch völlig unklar. Insofern ist diese unsichere Situation für alle Beteiligten äußerst schwierig. Nicht einmal die zuständigen Verwaltungsbehörden selbst haben zum jetzigen Zeitpunkt eindeutige Verfahrensregeln, wie mit den Betroffenen nach dem 31.12.2009 umzugehen ist. Den Flüchtlingen drohen wieder so genannte Kettenduldungen, wie sie vor 2006 üblich waren. Dem können die Flüchtlinge nur unter bestimmten Voraussetzungen entgehen, z.B. wenn sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von Sozialleistungen bestreiten können. Dazu müssen sie oft sogar ein höheres Einkommen als den Sozialhilfesatz nachweisen. Dies ist jedoch nur den wenigsten Betroffenen möglich. Wegen jahrelangen Arbeitsverbots, nicht anerkannten ausländischen Bildungsabschlüssen und der aktuell schlechten Wirtschaftslage erlangen die meisten Flüchtlinge wenn überhaupt nur eine Beschäftigung im Niedriglohnsektor. Dort reicht aber selbst eine Vollzeitstelle in der Regel nicht aus, um davon leben zu können.

Deshalb ist es unerlässlich, dass noch in dieser Legislaturperiode auf Bundesebene eine Änderung der Verfahrensanweisungen zur Bleiberechtsregelung erfolgt. Aus diesem Grund setzen sich nicht nur die evangelischen und katholischen Kirchen in Deutschland mit ihren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas für eine humanitäre Weiterentwicklung des Aufenthaltsgesetzes ein. Parteiübergreifend engagieren sich derzeit Politiker für eine Erweiterung der Altfallregelung. Auch mehrere Kommunen wie die Stadt Münster und der Kreis Steinfurt haben bereits eine entsprechende Resolution zur Bleiberechtsregelung verabschiedet.

Nach den positiven Erfahrungen mit der Bleiberechtsregelung im Kreis Kleve bitten wir Sie daher, dieses Thema in die nächste Kreistagssitzung einzubringen, um möglichst ebenfalls eine solche Resolution zu beschließen und diese an die Innenministerien des Landes und des Bundes weiterzuleiten. Anbei erhalten Sie den ökumenischen Aufruf der beiden Kirchen sowie eine Musterresolution, die als entsprechende Vorlage für den Kreistag genutzt werden kann.

Gerne stehen wir für weitere Fragen und Auskünfte zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hermann Hengstermann
Vorstand